

I-1

AntragstellerInnen: Landesvorstand u.a.

Gegenstand: TOP 5: GRÜNE Industrie- und Wirtschaftspolitik

Die Zukunft der Industrie in Nordrhein-Westfalen ist Grün

- 1 Die herausragende Bedeutung der Industrie in Nordrhein-Westfalen
- 2 Die nordrhein-westfälische Industrie ist eine wichtige Wohlstandsbasis unseres Landes.
- 3 17.000 Unternehmen mit ca. 1,42 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind
- 4 hier angesiedelt. Damit finden in NRW rund 25 Prozent aller sozialversicherungspflichtig
- 5 Beschäftigten Arbeit in der Industrie. Aber nicht alles, was „Industrie“ genannt wird, ist
- 6 auch als solche zu bezeichnen („Finanzindustrie“, „Unterhaltungsindustrie“, „Tourismu-
- 7 sindustrie“). Industrie zeichnet sich in erster Linie durch hohe Grade der Arbeitsteilung,
- 8 Technologiesierung, Automatisierung und der Produktion von standardisierten und nor-
- 9 matisierten Investitions- und Konsumgütern aus. Die Industrie in NRW heute bezieht
- 10 ihre Stärke aus einem breiten Produktionsmix, einer großen Fertigungstiefe und langen
- 11 Wertschöpfungsketten, technologischen Vorsprüngen sowie einem hohen Grad von indus-
- 12 trienahen Dienstleistungen.
- 13 Grüne Industriepolitik sieht sich in der Verantwortung, die industrielle Struktur NRWs zu
- 14 sichern. Industriepolitik beinhaltet für uns jedoch keine Kritiklosigkeit. Der traditionelle
- 15 Grüne Widerstand gegen bestimmte Bereiche der Industrie (z.B. Atomindustrie, industri-
- 16 elle Massentierhaltung, klassische Chlorchemie) hat nach wie vor seine Berechtigung. Wir
- 17 sprechen uns vielmehr dafür aus, die für uns stets zusammen gehörenden drei Dimensionen
- 18 der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie, Soziales – in die Entwicklung ganzheitlicher,
- 19 zukunftsorientierter Strategien der Industriepolitik zu integrieren.
- 20 Wir sehen die Hauptaufgabe Grüner Industriepolitik darin, gemeinsam mit der Industrie
- 21 Instrumente und Lösungswege für notwendige ökologische Veränderungen der Industrie
- 22 zu gestalten.
- 23 Dabei braucht es insgesamt Verlässlichkeit in den politischen Rahmensetzungen und damit
- 24 Planungssicherheit für Unternehmen, die ihr unternehmerisches Handeln an langfristigen
- 25 Investitionszyklen auslegen, ohne die es mittels alternativer Rohstoffe, Produktionsverfah-
- 26 ren und Produkte keinen ökologisch nachhaltigen Umbau der Industriegesellschaft geben
- 27 wird.

28 Die Idee einer sozialen Marktwirtschaft, die auf Konsens und Ausgleich unterschiedlicher
29 Gruppen sowie der Allokationsfunktion des Marktes beruht, bleibt für uns wirtschaftliches
30 Basismodell. Wir Grüne stehen hierbei für die Wiedergewinnung eines umfassenden volks-
31 wirtschaftlichen Blicks und für die Zurückgewinnung des Primats der Politik. Dazu gehört
32 ein klarer ordnungspolitischer Rahmen, der die Notwendigkeit und das Ineinandergreifen
33 von öffentlichen, privaten und Gemeingütern anerkennt.

34 Grüne Industriepolitik bedeutet, einen umfassenden Ansatz auf dem Gebiet neuer in-
35 dustrieller Technologien und Branchen anzustreben. Ein Beispiel erfolgreicher grüner In-
36 dustriepolitik ist, dass Deutschland Vorreiter in der Umwelttechnik ist. 2007 betrug der
37 Umsatz „Greentech“ 200 Mrd. € pro Jahr und wird voraussichtlich auf 470 Mrd. € bis
38 2020 steigen. Dies und auch die im Rahmen der Energiewende entstandenen Arbeitsplät-
39 ze und neuen Wertschöpfungspotenziale sind unsere Erfolgsgeschichten. Der Mittelstand
40 profitierte im besonderen Maße davon, da dieser sich durch große Flexibilität und ein
41 hohes Innovationspotenzial auszeichnet. Dazu gehören Zukunftstechnologien wie die Bio-,
42 Nano- und Mikrotechnologie oder die Umwelttechnik in all ihren Facetten. Das Potenzi-
43 al dieser Technologien ist für eine langfristige Standortsicherung nicht zu unterschätzen.
44 Doch bei der Beurteilung werden wir immer eine Technologiefolgenabschätzung und ver-
45 antwortbares Risikomanagement mit einbeziehen. Bei der Nanotechnologie gilt allerdings
46 nach wie vor, dass wir den Einsatz von Nanopartikeln etwa in Konsum- und Gebrauchs-
47 gütern ablehnen sowie bei Bio- und Gentechnologien zwischen roten, grünen und weißen
48 sehr genau unterscheiden und dem Gesundheits-, Umwelt- und Naturschutz stets höchste
49 Priorität einräumen werden. Die grüne Gentechnologie lehnen wir allerdings weiterhin
50 ab.

51 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in NRW ist Industriepolitik dabei weder klientelorien-
52 tierte Sektorenpolitik zum Erhalt der Großindustrie, wie sie immernoch von Teilen der
53 SPD betrieben wird, noch auf den puren Erhalt des Bestehenden zielende Subventionspoli-
54 tik und Verbandspolitik wie bei der CDU oder reine Politik zur Sicherung des Vorrangs
55 des Marktes wie bei der FDP. Uns geht es um eine gesellschaftspolitische Dimension, die
56 auf den überlebensnotwendigen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft in sozialer
57 Verantwortung zielt.

58 Nicht zuletzt brauchen wir auch eine Neuausrichtung der Unternehmenspolitik. So hat
59 beispielsweise die alleinige Ausrichtung am „Shareholder-Value“ in Großbritannien und
60 den USA zu einer De-Industrialisierung riesigen Ausmaßes geführt. Global betrachtet
61 ist daher der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung in Deutschland noch am
62 größten. Moderne Industriepolitik bedeutet für uns auch, in Krisenzeiten zu verhindern,
63 dass es zu einer dauerhaften Vernichtung von Kapazitäten und von Know-How kommt.
64 So hat der Erhalt der Kern-Belegschaften durch das KurzarbeiterInnengeld dazu geführt,
65 dass Deutschland und NRW besser als andere Ländern durch die Krise gekommen sind.

66 Wir wissen, dass unsere Vorstellungen einer in sozialer und ökologischer Hinsicht verträg-
67 lichen Wirtschaftspolitik mit überholten Instrumenten nicht zu erreichen ist; weder mit
68 einer Bewertung volkswirtschaftlichen Nutzens nach Aktienkursen, noch mit einer reinen
69 Verstaatlichung von Schlüsselindustrien. Was für die Wirtschaftspolitik gilt, gilt eben-
70 so für die Unternehmensführung. Studien zeigen, dass eine an den Interessen und An-
71 sprüchen von Stakeholdern ausgerichtete Unternehmensführung und Kommunikationspoli-
72 tik an Bedeutung zunehmen wird. Der Weg vom „Shareholder-Value zum „Stakeholder-

73 Value“ wird zudem durch die frühzeitige Einbindung der Stakeholder – gesellschaftliche
74 Gruppen, NGOs, Kunden – die Akzeptanz für Innovationen erleichtern.

75 Darüber hinaus ist sicherlich eine Modernisierung, d.h. eine Anpassung an die Anfor-
76 derungen einer modernen Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur erforderlich. So ist die
77 Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft längst im Zentrum der Industrie angekommen.
78 Die Krise hat uns auch gezeigt, dass die Industrie das Fundament ist, auf dem die Ent-
79 wicklung des Dienstleistungssektors fußt. Ohne gesunde industrielle Kerne gibt es daher
80 auch kaum Weiterentwicklung im Dienstleistungsbereich.

81 Ökologisches Wirtschaften – Umbau der Industriegesellschaft

82 Die Hauptaufgabe ist heute, gemeinsam mit den fortschrittlichen Teilen der Industrie ein
83 sozial-ökologisches Umbauprogramm auf den Weg zu bringen. Denn seit dem ersten Be-
84 richt des „Club of Rome“ wurde der ökologische Schwerpunkt auf die globale Energie-
85 und Ressourcenverknappung und in der Folge auf Effizienzstrategien gelegt. Heute jedoch
86 nach dem zweiten Bericht müssen wir die ökologischen Senken (die Fähigkeiten des Pla-
87 neten die Folgen unseres Wirtschaftens zu kompensieren) und in der Folge die Energie-
88 und Stoffumsätze selbst mit in den Blick nehmen, da uns eine absolute Entkopplung von
89 Wirtschaftsleistung und Energie- und Ressourcenverbrauch nicht gelingt und es in der Fol-
90 ge zunehmend zu erheblichen Schädigungen oder gar Zerstörungen unserer Ökosysteme
91 kommt. Um dieses Ziel zu erreichen, muss beispielsweise Transparenz über alle erzeugten
92 Treibhausgasemissionen geschaffen werden.

93 Deutschland besitzt einen Vorsprung hinsichtlich des Ausbaus einer ökologischen Indus-
94 triepolitik, die von zwei Säulen getragen wird: die erste Säule bilden Unternehmen aus
95 klassischen Wirtschaftszweigen, deren Verbesserungsprozess entlang der gesamten Wert-
96 schöpfungskette nicht allein unter Effizienzgesichtspunkten abläuft, sondern sich u.a. unter
97 konsequenter Umsetzung des Prinzips der „geschlossenen Kreisläufe“ vollzieht. Die zweite
98 Säule sind unsere GreenTech-Anbieter, deren Weltmarktanteil mittlerweile bei 15 Prozent
99 liegt. Diesen Vorsprung gilt es gerade in Nordrhein-Westfalen zu sichern und auszubauen,
100 damit die Innovationsfähigkeit an unserem Produktions- und Industriestandort gestärkt
101 wird. Dabei setzen wir auf eine regional ausgerichtete, ökologische Industriepolitik, die
102 sich nicht auf einzelne Unternehmen konzentriert, sondern das gesamte innovative Umfeld
103 fördert. Die regionale Vernetzung von Produzenten, Zulieferern, Dienstleistern und For-
104 schungsstätten müssen intensiviert und ausgebaut, die Ordnungspolitik entsprechend neu
105 definiert werden. Modelle dafür geben die Anti-Monopol und -Kartellpolitik des deutschen
106 Ordoliberalismus sowie die klassische amerikanische Anti-Trust-Politik in der Nachfolge
107 des Rooseveltischen *New Deal* ab. Beispiel hierfür wäre unter anderem die ordnungsrecht-
108 liche Trennung von Vertriebs- und Produktionsstrukturen, etwa in der Stromwirtschaft.
109 Darum brauchen wir die längst überfällige Aufnahme eines Entflechtungstatbestandes in
110 das Kartellgesetz.

111 Soziale Verantwortung an der Seite der Unternehmen – Industrie im Wandel

112 Neben der ökonomischen Leistungskraft einer Volkswirtschaft, muss auch dem Ausbau ei-
113 ner sozialen Sicherung eine Schlüsselfunktion für eine gesamtgesellschaftliche, nachhaltige
114 Entwicklung zukommen.

115 Wir müssen daher das Zukunftsprojekt „Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme“
116 dringend in Angriff nehmen. Die Rahmenbedingungen einer überholten Ansicht des männ-
117 lichen Familienernährermodells bedürfen einer umfassenden Modernisierung. Die immer
118 noch starke Ausrichtung am alt-industriegesellschaftlichen und damit männlich geprägten
119 Normarbeitsmodell, muss ebenfalls begegnet werden. Durch die Globalisierung sind unsere
120 Märkte schnellen und oft kurzlebigen Entwicklungen unterworfen. Zusätzliche Herausfor-
121 derungen, wie die Individualisierung unserer Gesellschaft und der demografische Wandel,
122 machen deutlich, dass wir das Modell der sozialen Marktwirtschaft weiterentwickeln müs-
123 sen. Dazu gehört, dass betriebliche Mitbestimmung, als wichtige Voraussetzung für mehr
124 Teilhabe und soziale Gerechtigkeit, ausgebaut wird.

125 Bildungschancen und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Belegschaft begreifen wir als Ele-
126 mente einer modernen Beteiligungskultur und wollen sie daher stärken und ausbauen. Gut
127 ausgebildete und informierte Menschen haben nicht nur als produktive Mitarbeiter für das
128 Unternehmen einen gewinnbringenden Nutzen, sondern auch für das Gemeinwesen als ak-
129 tivere Bürgerinnen und Bürger.

130 Subventionen, die Innovation und soziale Nachhaltigkeit bestrafen, müssen bekämpft wer-
131 den. Im Niedriglohnsektor wird kaum in Aus- und Weiterbildung investiert und die Löhne
132 der schlecht bezahlten Arbeitskräfte werden vom Arbeitsamt aufgestockt. Deshalb sind
133 Mindestlöhne und Tariftreuegesetze unverzichtbar und dienen dazu, Lohndumping zu ver-
134 hindern und Wettbewerb zu fördern.

135 Unternehmen müssen zukünftig noch mehr in Arbeit und Fähigkeiten der Menschen in-
136 vestieren und die individuelle Vielfalt und die kulturelle Vielfalt als Chance begreifen. Für
137 diese konstruktive und betriebswirtschaftliche Praxis der sozialen und kulturellen Viel-
138 fältigkeit, welche unter dem Begriff **Diversity Management** beschrieben wird, müssen
139 wir verstärkt werben und Anreize schaffen. Eine positive Wertschätzung des Individuums
140 und der Förderung der interkulturellen Kompetenzen zielt auf eine positive Gesamtatmo-
141 sphäre im Unternehmen ab, bei gleichzeitigem Abbau von sozialer Diskriminierung und
142 der Verbesserung der realen Chancengleichheit. Dies fördert die Einstellung von Mitar-
143 beiterinnen und Mitarbeitern aus benachteiligten Gruppen und Investitionen im Bereich
144 der Kompetenzentwicklung.

145 Insgesamt muss es uns aus sozialer, aus ökologischer und aus ökonomischer Sicht ein
146 Anliegen sein, den Unternehmungen Anreize für eine neue, umfassende und nachhaltige
147 Unternehmenskultur zu liefern.

148 Globalisierung – die NRW-Industrie international

149 NRW hat viele Unternehmen, die im weltweiten Handel stehen. Das ist ein gutes Zei-
150 chen für die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Ökonomie und trägt zur
151 Wohlfahrt in unserem Land bei. Als eine der größten Industrieregionen weltweit, nimmt
152 Nordrhein-Westfalen eine wichtige Vorbildfunktion hinsichtlich der Übernahme globaler
153 Verantwortung ein. Das bezieht sich auf ein nachhaltiges, ökonomisches Wirtschaften, aber
154 auch auf das Vorleben der Balance zwischen ökonomischer Gewinngarantie und sozialer
155 Verantwortung. Die Stärke und internationale Wettbewerbsfähigkeit NRWs basiert auf
156 dem dichten Netz an Unternehmen mit Spitzentechnologie, einem sehr guten Universitäts-
157 und Forschungsangebot und einer guten Infrastruktur. Diese wollen wir erhalten und för-
158 dern.

159 Die Politik in NRW steht vor der Herausforderung, mit langfristigen politischen Leitent-
160 scheidungen die Wettbewerbsfähigkeit der NRW Industrie zu sichern und gleichzeitig poli-
161 tischen Zielen Rechnung zu tragen. Das Klimaschutzgesetz NRW und der dazu gehörende
162 Klimaschutzplan stellen eine solche Leitentscheidung dar. Sie bieten den Unternehmen
163 in NRW eine langfristige politische Orientierung und zeigen gleichzeitig neue innovative
164 Wege für klima- und umweltschonende Innovationen und Absatzchancen auf. Als größte
165 Industrieregion der exportstärksten Nation ist es für uns gleichzeitig eine Selbstverständ-
166 lichkeit und eine Verpflichtung, eine Politik zu machen, die den Außenhandel fördert und
167 gleichzeitig auf die Einhaltung politischer Zielvorstellungen achtet. Dies wird insbesondere
168 bei den Freihandelsabkommen eine wichtige Rolle spielen, die die EU verhandelt. Die ak-
169 tuell laufenden Verhandlungen zum transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) und
170 dem EU-Kanada-Abkommen (CETA) stehen zu Recht in der Kritik der Zivilgesellschaft.
171 Die Chancen, die für die Industrie in derartigen Abkommen liegen können, z.B. durch Ver-
172 einheitlichung technischer Standards und technischer Normsetzung, sowie dem Abbau von
173 Zöllen, könnten möglicherweise auch realisiert werden, ohne dass es zu einer Absenkung
174 von Umwelt-, Verbraucher- und Sozialstandards auf beiden Seiten des Atlantiks kommt.
175 Freier Handel diesseits und jenseits des Atlantiks, darf auch nicht zulasten der nachhal-
176 tigen Entwicklung in den Ländern des Südens gehen. So wie die Verhandlungen zu TTIP
177 und CETA bislang angelegt sind, werden sie aber wohl zum gegenteiligen Ergebnis führen.
178 Aus diesem Grund lehnen wir das so geplante Abkommen auf der Basis des derzeitigen
179 Verhandlungsmandats ab. Der konsequente Einsatz vieler Bürgerinnen und Bürger in Eu-
180 ropa hat dazu geführt, dass die EU Kommission zum Investitionsschutzkapitel in TTIP
181 eine europaweite Konsultation begonnen hat. Dies reicht aus Sicht der Grünen in NRW
182 nicht aus: Zu allen relevanten Aspekten dieses Freihandelsabkommen muss eine öffentli-
183 che Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Europa stattfinden. Die Verhandlungen
184 zu CETA sind schon weit fortgeschritten. Gerade deshalb ist politischer Druck besonders
185 notwendig.

186 Wir Grünen in NRW sagen klar: Freihandelsabkommen, die Konzernen Klage-Privilegien
187 zusprechen, die zum Abbau von Umwelt- und Sozialstandards führen könnten und mit ho-
188 hen Kosten für die europäischen SteuerzahlerInnen verbunden sind, sind aus unserer Sicht
189 nicht zustimmungsfähig. Zudem dürfen die Verhandlungen nicht dazu führen, dass Gremi-
190 en zur zukünftigen „regulatorischen Kooperation“ präjudizierende Wirkung auf künftige
191 Gesetzgebungsprozesse entfalten und sowohl gesetzgeberische Handlungs- als auch parla-
192 mentarische Mitwirkungsmöglichkeiten einschränken könnten.

193 Schlüsselprojekte für eine Grüne Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen

194 „Grüne Innovationen“ tragen mehr und mehr zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit des
195 Industriestandorts NRW bei. Dazu müssen Politik und Unternehmen gemeinsam Ziele
196 definieren und Instrumente entwickeln, die dem ganzheitlichen Ansatz der Nachhaltig-
197 keit Rechnung tragen. Sieben Schlüsselprojekte stehen dabei für uns im Zentrum unserer
198 Strategie.

199 **Schlüsselprojekt: Prozessintegrierter Umweltschutz statt**
200 **„End-of-Pipe“-Technologien**

201 Im Umweltschutz lassen sich zwei verschiedene Vermeidungsstrategien unterscheiden.
202 Beim prozessintegrierten Umweltschutz wird die Umweltbelastung schon am Ort des Ent-
203 stehens verringert, indem umweltfreundlichere Produkte oder Produktionsverfahren ein-
204 gesetzt werden. Im Gegensatz dazu verändern End-of-Pipe-Technologien den Produkti-
205 onsprozess selbst nicht. Man verringert die Umweltbelastung durch nachgeschaltete Maß-
206 nahmen wie Filtertechniken. Der Wandel hin zum prozessintegrierten Umweltschutz hat
207 in den letzten Jahren zugenommen, da ökonomische Analysen gezeigt haben, dass die
208 Maßnahmen auch zu Kostenreduktionen führen können. Lassen sich doch Kosten für z.B.
209 aufwendige Absaugungen oder Entsorgungskosten für Filterrückstände sparen. Weitere
210 Fortschritte in Richtung prozessintegriertem Umweltschutz sind nicht nur möglich, son-
211 dern notwendig und sollten durch politische Rahmensetzungen flankiert werden.

212 **Schlüsselprojekt: Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft zu einer**
213 **nachhaltigen stoffstromspezifischen Recyclingstrategie**

214 Die Ressourcenknappheit schreitet weltweit voran. Zukünftige politische Rahmensetzun-
215 gen müssen darauf ausgelegt sein, Stoffkreisläufe konsequent zu schließen und die Bereit-
216 schaft schärfen, die globale Verantwortung für die ökologischen und sozialen Auswirkungen
217 der Produktionsweisen zu übernehmen. Die EU hat mit der „Roadmap für ein ressour-
218 ceneffizientes Europa“ mit den Vorgaben – Müllvermeidung, Wiederverwendung und Re-
219 cycling – Prioritäten vorgegeben. Doch in NRW, wie auch in den anderen Bundesländern,
220 gibt es große Anlagen-Überkapazitäten im Bereich der Müllverbrennung, die diesen Vor-
221 gaben entgegenwirken. Das betrifft sowohl den Bereich der thermischen Verwertung als
222 auch die Verbrennung von sortiertem Abfall in den Ersatzbrennstoffkraftwerken. Diese
223 Überkapazitäten führen zum einen zu Müllimporten, zum anderen zu sehr niedrigen Ver-
224 brennungspreisen, die die stoffliche Verwertung unwirtschaftlich machen. Es besteht die
225 Tendenz zu einer Ex- und Hopp-Wirtschaft statt der gewünschten Kreislaufwirtschaft.
226 Stoffströme werden als Müll und somit als unerwünschter Output mit allen bekannten
227 Folgen betrachtet.

228 Die Natur, kennt keinen Abfall, keinen Verzicht und keine Einschränkungen. Natürliche
229 Systeme sind komplex und funktionieren. Die Natur fördert eine unendliche Vielfalt. Auf
230 die Wirtschaft übertragen bedeutet das, dass Produkte und ihre Komponenten zum einen
231 wieder in einen biologischen und oder technischen Kreislauf zurückgeführt werden. Dieses
232 Prinzip des **Cradle-to-Cradle** („Von der Wiege zur Wiege“) ist in weiten Teilen noch
233 visionär, doch schon heute kann man erkennen, dass wir ohne richtige Recycling-Strategien
234 und Stoffkreisläufe, Rohstoffe nicht mehr in ausreichendem Maß zur Verfügung haben
235 werden. Deswegen treten wir für die Entwicklung einer Rohstoff-Recycling-Strategie ein
236 und begrüßen diesbezüglich den aktuellen Beschluss unserer Landtagsfraktion zur Zukunft
237 des industriellen Rohstoffmanagements.

238 Die Zeit drängt und deshalb ist es notwendig, Initiativen zu unterstützen, die Kapazitäten
239 der Müllverbrennungsanlagen zu verknappen, um die Wirtschaftlichkeit der stofflichen

240 Verwertung zu fördern. Dadurch können Innovationen, die wir zur Weiterentwicklung der
241 Kreislaufwirtschaft brauchen, auch zu erfolgreichen Geschäftsmodellen führen.

242 Neben der Frage der Ressourcen muss auch die nachhaltige Produktion von Gü-
243 tern mit vielfältigen Ansätzen herangegangen werden. Ein Ansatz dazu bietet die
244 „**Biomimetik**“. Grundgedanke dabei ist: von der Natur zu lernen, um eine Annähe-
245 rung an die Normaltemperatur-, Niederdruck-, sonnengetriebenen Prozesse der Natur zu
246 erreichen. Schon heute gibt es anschauliche Beispiele für diese relativ neue Disziplin im
247 Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften. Diese Ansätze wollen wir ausbauen und
248 für unsere heimische Industrie nutzbar machen.

249 **Schlüsselprojekt: Neue Ressourcenstrategien für unsere Industrie**

250 Die Ursache für die vergleichsweise niedrigen Kosten für Rohstoffe, begründen sich vor-
251 rangig darin, dass ökologische und soziale Kosten bei der Rohstoffextraktion in Form
252 von Umweltverschmutzung und menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen – gerade auch
253 in den Rohstoff liefernden Ländern des Südens – nicht in die Rohstoffkosten eingepreist
254 sind. Vielmehr werden die Kosten externalisiert.

255 Zugleich ist Essen zu wertvoll, um es in einen Tank zu schütten. Ebenso sind Kohle und
256 Öl zu wertvoll, um sie zu verbrennen. Denn Kohle und Öl werden notwendige Ausgangs-
257 rohstoffe insbesondere für die chemische Industrie bleiben.

258 Auch für die Dekarbonisierung der Energiesysteme gilt der Leitgedanke, dass ohne öko-
259 logische Stabilität keine ökonomische und soziale Stabilität zu gewährleisten ist. Gerade
260 auch deswegen treten wir für eine Chemiewende ein und begrüßen es ausdrücklich, dass
261 die Grüne Landtagsfraktion in der 16. Legislaturperiode die Enquete-Kommission „Nach-
262 haltige Chemie“ auf den Weg gebracht hat, in der für eine Schlüsselindustrie – NRW
263 ist der größte Chemiestandort Europas – wichtige Elemente der hier aufgezeigten Wege
264 erarbeitet werden. Hier muss die professionelle Bilanzierung und Reduktion von Treibh-
265 ausgasemissionen zur allgemein anerkannten und angewandten Praxis werden. Dies legt
266 den Grundstein für eine Verringerung der Abhängigkeit der NRW-Industrie von immer
267 teurer werdenden fossilen Energieträgern und erzeugt so Standort- und Wettbewerbsvor-
268 teile.

269 **Schlüsselprojekt: „Service and Flow“ – Produktverantwortung** 270 **ganzheitlich betrachtet**

271 In einem traditionellen, auf Waren basierten Geschäftsmodell, haben letztendlich die Käu-
272 ferin und der Käufer die Verantwortung für die Entsorgung des gekauften Produktes am
273 Ende des Lebenszyklus. Trotz guter Recyclingquoten in einigen Bereichen, werden viele
274 Güter am Ende der Nutzung einfach weggeworfen.

275 Der ökonomische Ansatz von „Service and Flow“ sieht vor, dass der Produzent Eigentum
276 der Ware bleibt. Die Entflechtung von Konsum und Besitz kann über Dienstleistungsмо-
277 dellen wie Leasing gestaltet werden. Die Ware wird am Ende der Nutzungsdauer zurück-
278 genommen und dann entweder wiederaufbereitet oder einem Recyclingprozess zugeführt.

279 Hersteller können hier über Dienstleistungsangebote und durch Kundens Schulung ganz
280 gezielt die Umweltbilanz ihrer Produkte verbessern. In diesem Zusammenhang müssen
281 zwischen Herstellern und Konsumenten ungleich verteilte Produktinformationen durch
282 global geltende Transparenz-Richtlinien abgebaut werden.

283 Ein weiterer Vorteil ist, dass der Hersteller schon beim Design die Wiederverwertbarkeit
284 stärker berücksichtigt und sich auch aktiv an der Weiterentwicklung von Recyclingverfah-
285 ren beteiligt. Schlussendlich führt dieser ganzheitliche Ansatz der Produktverantwortung
286 zu einem ständigen Verbesserungsprozess im Hinblick auf Ressourcenschonung und Ef-
287 fizienzsteigerung. Zukünftig werden traditionelle Branchengrenzen verwischen und neue
288 Wertschöpfungskuster entstehen. Wir sprechen uns in Nordrhein-Westfalen nachdrücklich
289 dafür aus, entsprechende Modellprojekte zu entwickeln.

290 **Schlüsselprojekt: Forschung, Bildung und Ausbildung**

291 Klima- und Umweltherausforderungen werden auch zunehmend Disziplinengrenzen in For-
292 schung, Bildung und Ausbildung sprengen. Erforderlich ist dabei eine enge Zusammenar-
293 beit zwischen Natur- und Technik- mit Sozial- und Kulturwissenschaften. Die Transfor-
294 mationsprozesse der Wirtschaft bedürfen transformativer Wissenschaften, die Nachhaltig-
295 keit in das Zentrum des gesamten Wissenschaftsbetriebes rückt. Dabei spielen auch
296 gesellschaftliche Akteure eine wichtige Rolle. NRW ist als starker Wissenschaftsstandort
297 gut gerüstet, eine Vorreiterrolle spielen zu können.

298 Eine weitere Komponente ist dabei die Förderung von universitären Clustern, die die Ver-
299 netzung von Hochschulen, Industrie und NGOs ermöglichen, um die dringende Beschleu-
300 nigung der Innovationsprozesse voran zu bringen. Der Erfolg solcher Zusammenschlüs-
301 se wird sich daran messen lassen, dass nicht nur Wissen entsteht, sondern im Rahmen
302 von Transformationsprozessen das entstandene Wissen auch verwendet wird. Hier sollten
303 wir als politischer Motor agieren. Wir begrüßen daher die Gründung der Johannes-Rau-
304 Forschungsgemeinschaft, die über neue interdisziplinäre Forschungsprojekte die tradierten
305 Pfade verlassen möchte, um gemeinsam mit der Gesellschaft, der Politik und der Wissen-
306 schaft die großen Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

307 **Schlüsselprojekt: Ökologische Innovations- und Förderstrategien**

308 Sowohl national als auch international ist es wichtig, dass die Transformation hin zu einer
309 nachhaltigen Wirtschaftsweise durch Innovationsförderungen und zielgerichtete Subven-
310 tionen, inklusive dem Abbau ökologisch schädlicher Subventionen, begleitet werden. Öko-
311 Innovationen fördern das Wirtschaftswachstum bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt.
312 Wichtig dafür ist eine Festlegung auf Förderprioritäten, um in den indizierten Bereichen
313 eine breite Markteinführung zu beschleunigen. Im Jahr 2012 hat die EU folgende Förder-
314 prioritäten formuliert: Recycling von Material, Nachhaltige Baustoffe, Nahrungsmittel-
315 und Getränkeindustrie, Wasser, Grüne Unternehmen. Dies muss aus unserer Sicht ver-
316 stärkt bei Landesinitiativen und –programmen berücksichtigt werden.

317 Die Debatte über Klimaschutzziele hat gezeigt, dass wir zeitlich gesehen ambitionierte
318 Ziele festgelegt haben. Diese Ziele erreicht man nicht über langfristige Entwicklungen,
319 sondern nur über große Sprünge im Innovationsbereich. Deshalb ist es wichtig, neben ord-
320 nungspolitischen Vorgaben auch die finanziellen Förderungen gezielt und damit effektiv
321 einzusetzen. Die Fördervorgaben der EU lassen sich gerade auf NRW als investitionsstar-
322 ken Industriestandort als Kompass für ein nachhaltiges Wachstum in den Schlüsselindus-
323 trien, wie Chemie, Metall, Maschinenbau oder Automotive anwenden.

324 **Schlüsselprojekt: Konsistenz, Effizienz und Suffizienz**

325 Das gegenwärtige, auf Ressourcenverzehr und Klimaschädigung basierende Wirtschafts-
326 wachstum, wird nicht beizubehalten sei. Konsistenz, Effizienz und Suffizienz sind die drei
327 Strategien, die Lösungswege aus dem zu hohen Energie- und Ressourcenkonsum bieten
328 und die Zukunftsfähigkeit unserer Industriegesellschaft sicherstellen können.

329 Konsistenz basiert auf naturverträglichen Technologien, die die Ökosysteme nutzen, ohne
330 sie zu zerstören. Effizienz setzt auf eine ergiebigere Nutzung von Materie und Energie,
331 also auf eine höhere Ressourcen- und Energieproduktivität. Suffizienz zielt ab auf einen
332 geringeren Verbrauch von Ressourcen durch eine verringerte Nachfrage nach materiellen
333 Gütern. Jeder Ansatz hat dabei positive und negative Aspekte. Deshalb kann nur ein
334 intelligentes Zusammenspiel zurzeit in Betracht kommen.

335 Die Gründe sind, dass zum einen Konsistenz-Strategien, wie Solar-erzeugter Wasserstoff
336 oder auf Biomimetik beruhende Prozesse, in weiten Teilen noch am Anfang ihres Ent-
337 wicklungsstandes sind. Zum anderen führen Verbesserungen der Effizienz nicht unbedingt
338 zu einem dauerhaft niedrigen Verbrauch, weil Rückschlageffekte (Rebound) die Effizienz-
339 gewinne auffressen. Der negative Aspekt der Suffizienz ist die Reduktion auf eine reine
340 Verzichtsdiskussion. Doch eine grundlegende Diskussion der Frage von Vermeidungsstrategi-
341 en ist unausweichlich. Diese Strategie stellt sicherlich den bisherigen Wachstumsbegriff in
342 Frage. Wir wollen der Debatte daher eine positive Wendung geben. Selbstbeschränkung
343 darf nicht als von oben verordnet, sondern als eine neue lohnende Ausrichtung in der per-
344 sönlichen Lebensweise diskutiert werden. Der sozial-ökologische Umbau sollte nicht mehr
345 als ein „Weniger“ (an materiellen Ersatzbefriedigungen), sondern als ein „Mehr“ (an Le-
346 bensqualität, Würde im Alter, gesundes Leben, kultureller Teilhabe etc.) wahrgenommen
347 werden.

348 Nur wenn wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unsere Ziele klar definieren, können wir
349 die Wege dorthin auch Erfolg versprechend beschreiten. Dabei bedarf es eines klugen und
350 integrativen Ansatzes, der alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteure
351 sowie alle politischen Ebenen – Europa, Bund, Land, Kommunen – mit einbezieht. Dies
352 ist auch das Ziel der von der Landesregierung Ende 2013 beschlossenen „Eckpunkte ei-
353 ner Nachhaltigkeitsstrategie für NRW“. Dabei wollen wir von vorneherein kein Instrument
354 ausschließen: vom Ordnungsrecht und der Ordnungspolitik, über Modellprojekte und Top-
355 Runner-Ansätze bis hin zu gezielten Vernetzungs- und Innovations- und Förderstrategien,
356 gilt es Schritt für Schritt unsere industrielle Basis weiter zu erneuern. Dabei müssen wir
357 diesen Umbau unserer industriellen Basis so verstehen, wie den Umbau eines Schiffes, das

358 sich bereits auf hoher See befindet, d.h. dass wir die vorhandenen Wettbewerbsbedingun-
359 gen und sozialen Strukturen immer mit berücksichtigen werden.

360 Heute haben wir die freie Wahl, aber die nachfolgenden Generationen müssen auf jeden
361 Fall die Konsequenzen unseres Tuns oder eben Unterlassens tragen. Als Grüne stellen wir
362 uns dieser Verantwortung: Die Zukunft der Industrie in NRW ist Grün!

AntragstellerInnen

Landesvorstand

LAG Wirtschaft

Katharina Dröge, KV Köln

Hans Christian Markert, KV Rhein-Kreis Neuss

Dr. Birgit Beisheim, KV Duisburg